



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 24, No. 11-12/2009

**abgeschlossen am
17. Dezember 2009**

	<u>Seite</u>
1. Fortgesetztes Tauziehen um Gesundheitsreform im Senat	1
2. Repräsentantenhaus verabschiedet Reform der Finanzmarktkontrolle	2
3. Congress beschließt Sammelbewilligung für Teile des Haushalts 2010	4
4. Demokraten äußern Kritik an Obamas Strategie für Afghanistan	5
5. Demokraten im Senat für Verlegung von <i>Guantánamo</i>-Häftlingen in die USA	7
6. Demokraten drängen auf neues Programm zur Arbeitsbeschaffung	8
7. Obama-Administration verlängert Finanzmarkt-Rettungsfonds	9
8. Demokraten gehen einer deutlichen Erhöhung der Verschuldungsgrenze vorerst aus dem Weg	11

1. Fortgesetztes Tauziehen um Gesundheitsreform im Senat

Nachdem das Repräsentantenhaus bereits im Vormonat eine Gesetzesvorlage zu einer umfassenden Reform des Gesundheitssystems verabschiedet hat (vgl. CR 9-10/2009, S. 1), sind die Verhandlungen im Senat im Dezember 2009 in die heiße Phase getreten.

Grundlage der Bemühungen um einen Kompromiss im Senat bildet ein Vorschlag von Majority Leader Harry Reid (D-Nevada), der in einigen zentralen Punkten von der Version des Repräsentantenhauses abweicht und versucht, zumindest die demokratische Fraktion zusammenzuführen.

Erschwert wird Reids Aufgabe dadurch, dass für alle Abstimmungen über Verfahren, Änderungsanträge und die Gesetzesvorlage selbst unter der Geschäftsordnung des Senats eine qualifizierte Mehrheit von 60 Stimmen erforderlich ist, um ein *Filibuster*, die Verhinderung eines Endes der Debatte durch die republikanische Opposition, zu umgehen.

Im Zentrum von Reids Gesetzesvorlage steht der Verzicht auf eine so genannte „public option“, ein staatlich organisiertes Versicherungsangebot für Einzelpersonen und Familien, wie es die demokratische Mehrheit des Repräsentantenhauses befürwortet.

Dies stößt nicht nur unter Republikanern auf vehemente Kritik, die hierin den Beginn einer staatlichen Übernahme des Krankenversicherungsmarktes sehen, sondern auch auf Bedenken zentristischer und gemäßigt konservativer Demokraten, die negative Auswirkungen auf Ärzte und Krankenhäuser sowie private Versicherungskunden befürchten.

Reids Initiative sieht vor, dass an Stelle eines staatlichen Versicherungsangebots Privatpersonen bundesweit mindestens zwei Optionen angeboten werden, die vom Bund mit den Versicherungen ausgehandelt werden. Sie sollen Angestellte des öffentlichen Dienstes versorgen, und Personen ab 55 Jahren das Recht einräumen, sich unter *Medicare*, der Bundesversicherung für Rentner, Behinderte und chronisch Kranke, zu versichern.

Während der erste Vorschlag auf Zustimmung unter den demokratischen Senatoren gestoßen ist, führen sich die Verhandlungen über eine Versicherung unter *Medicare* fest.

Insbesondere der parteiunabhängige Senator Joe Lieberman (I-Connecticut), früher Mitglied der Demokratischen Partei und noch immer Mitglied der Senatsfraktion, kündigte gegen die Aufnahme der *Medicare*-Option in den Gesetzesentwurf entschiedenen Widerstand an.

Lieberman befürchtet, dass die Kosten für die zusätzlichen Versicherten des *Medicare*-Programmes, das geringere Vergütungssätze zahlt als private Träger, auf Ärzte, Krankenhäuser und Privatversicherte abgewälzt werden, und dass die Stabilität des ohnehin von einer Welle von Verrentungen bedrängten Systems der Alterskrankenversicherung bedroht wird.

Während linksliberale Senatskollegen und Demokraten aus dem Repräsentantenhaus dem Senator unverhohlenen Egomane vorwarfen, verwies Lieberman auf einen Brief von 11 demokratischen Senatoren, die ähnliche Befürchtungen geäußert haben.

Da Lieberman angesichts der vollständig fehlenden Unterstützung des Reformpakets selbst durch gemäßigte, reformkonservative Republikaner wie die beiden Senatorinnen aus Maine, Susan Collins und Olympia J. Snowe, die unverzichtbare sechzigste Stimme besitzt, zog Reid unter großen Protesten aus den eigenen Reihen den *Medicare*-Vorschlag zurück.

Damit scheint zumindest der Weg zur Verabschiedung einer Senatsversion geebnet. Noch verbleibende Dissenspunkte wie etwa die von Senator Ben Nelson (D-Nebraska) angemahnte Verschärfung der Restriktionen der Verwendung von öffentlichen Zuschüssen für Schwangerschaftsabbrüche, gelten als überwindbar.

Allerdings versuchen die Republikaner mit allen unter der Geschäftsordnung zur Verfügung stehenden Mitteln eine Verabschiedung der Reform zu verzögern und letztlich zu verhindern.

So forderten sie beispielsweise die unübliche Verlesung der Texte von Änderungsanträgen, die Tage in Anspruch nehmen können, und planen, eine gesonderte Abstimmung über unpopuläre Kürzungen unter *Medicare* zu beantragen, die die Finanzierung der Reform untergraben könnte.

Präsident Obama forderte mit Blick auf die größte Chance einer Sozialreform seit der Einführung der Bundesrentenversicherung unter Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren die demokratischen Mitglieder des Congress zur Kompromissbereitschaft auf.

Ungeachtet der Frage, ob es dem Senat gelingt, noch vor der Weihnachtspause einen eigenen Gesetzesvorschlag zu verabschieden, bieten die Verhandlungen um eine gemeinsame Vorlage der beiden Kammern noch zahlreiche potenzielle Stolpersteine.

2. Repräsentantenhaus verabschiedet Reform der Finanzmarktkontrolle

Das Repräsentantenhaus hat am 11. Dezember 2009 mit den Stimmen der demokratischen Mehrheit ein umfassendes Reformpaket zur Verschärfung der staatlichen Aufsicht über die Finanz- und Kapitalmärkte verabschiedet.

Für die Gesetzesvorlage stimmten 223, dagegen 202 Abgeordnete. Der das Gesetz geschlossen ablehnend gegenüberstehenden republikanischen Opposition schlossen sich 27 zumeist gemäßigt konservative Demokraten an.

Das unter der Ägide des Vorsitzenden des Finanzausschusses des Repräsentantenhauses, Barney Frank (D-Massachusetts), ausgearbeitete Reformpaket (vgl. CR 9-10/2009, S. 5) sieht insbesondere vor,

- eine *Consumer Protection Agency* zum Schutz der Konsumenten vor unfairen und täuschenden Praktiken zu schaffen,
- das *Office of Thrift Supervision* (OTS) und das *Office of the Comptroller of the Currency* (OCC) in einer Behörde zur Bankenaufsicht zusammenzufassen,
- einen neuen *System Risk Council* einzurichten, der Großunternehmen überwacht, die ein potenzielles Risiko für die Stabilität des Wirtschaftsystems darstellen,
- die *Federal Deposit Insurance Corporation* (FDIC) mit der Verwaltung von Großunternehmen zu betrauen, die Systemrisiken darstellen,
- ein verschärftes Kontrollsystem für den Handel mit Finanz-Derivaten einzuführen.

Während es Barney Frank gelungen ist, die *Federal Reserve Bank* (Fed) und die FDIC aus der Konsolidierung der Bankenaufsicht in einer Behörde heraus zu halten, konnte er nicht verhindern, dass ein von dem republikanischen Abgeordneten Ron Paul (Texas) eingebrachter Zusatz in das Gesetz aufgenommen wurde, der eine umfassende Aufsicht über die Fed durch das *General Accounting Office* (GAO) vorschreibt.

Die Obama-Administration hatte vergeblich versucht, dies mit Blick auf die Unabhängigkeit der Bundesbank zu verhindern. Allerdings sollen die Beratungen über die Zinspolitik von der Aufsicht ausgenommen bleiben.

Frank musste zudem substantielle Zugeständnisse an konservative Kritiker und Wirtschaftsinteressen in der Frage der Kontrolle des Handels mit Finanz-Derivaten machen. Kleinkunden und jene, die Preisabsicherungsgeschäfte mit diesen Finanzinstrumenten betreiben, sollen von der Aufsicht und den Restriktionen ausgenommen bleiben.

Ungeachtet der substanziellen Zugeständnisse blieben aber vor allem die republikanischen Gegner der Reform hartnäckig und lehnen sie weiterhin als gigantischen Eingriff des Staates in das Wirtschaftsgeschehen ab.

Demgegenüber begrüßten die demokratischen Fraktionsspitzen im Congress sowie die Obama-Administration, die die Reform der Aufsicht über die Finanzmärkte zu einer ihrer höchsten Prioritäten gemacht hat, die Verabschiedung der Gesetzesvorlage nachdrücklich.

Der eigentliche Härtetest steht der Finanzaufsichtsreform jedoch im Senat noch bevor. Konservative Opponenten und Wirtschaftsverbände rechnen damit, dass sie in den Senatsberatungen erhebliche Zugeständnisse und Einschränkungen heraus handeln können.

Im Vordergrund stehen dabei die umfassenden Befugnisse der neuen Verbraucherschutz-Behörde, die konservativen Mitgliedern des Congress wie Unternehmen ein Dorn im Auge ist.

Der Senat wird angesichts des gegenwärtigen Rückstaus in den Entscheidungen zur Reform des Krankenversicherungssystems (siehe Punkt 1) die Beratungen der Reform der Finanzmarktaufsicht allerdings erst im neuen Jahr in Angriff nehmen.

3. Congress beschließt Sammelbewilligung für Teile des Haushalts 2010

Der Senat hat am 15. Dezember 2009 im Rahmen einer Sammelbewilligung („Omnibus Appropriations Bill“) die Haushaltszuweisung für fünf Etatbereiche, nämlich

- *Transportation/Housing/Urban Development,*
- *Military Construction/Veterans Affairs,*
- *Labor/Health and Human Services/Education,*
- *Commerce/Justice* und
- *Financial Services*

vorgenommen. Die Sammelbewilligung hat einen Umfang von 447 Mrd. USD und war notwendig geworden, weil es dem Congress nicht gelungen war, den Haushaltsbewilligungsprozess für die oben genannten Etatbereiche im Wege einer Einzelbewilligung abzuschließen (vgl. CR 9-10/2009, S. 6).

Die Entscheidung fiel im Senat mit 57:35 Stimmen. Das Repräsentantenhaus hatte schon am 10. Dezember 2009 für die *Omnibus Appropriations Bill* gestimmt und diese gemeinsam mit einer Haushaltszuweisung für *Medicare* und *Medicaid* verabschiedet. Damit ist der Haushaltsbewilligungsprozess 2010 durch den Congress, der verfassungsrechtlich die Budgethoheit besitzt, fast abgeschlossen.

Problematisch gestaltet sich noch die Bewilligung des Verteidigungshaushalts (*Defense Appropriations Bill*) für das Haushaltsjahr 2010 (*House Resolution 3326; House Report 111-230; Senate Report 111-74*), welches rechnungstechnisch bereits am 1. Oktober 2009 begonnen hat. Das Repräsentantenhaus hat am 16. Dezember 2009 eine Entscheidung getroffen, der Senat allerdings noch nicht.

4. Demokraten äußern Kritik an Obamas Strategie für Afghanistan

Im Congress ist die von Barack Obama beschlossene Aufstockung der amerikanischen Truppen in Afghanistan um weitere 30.000 Soldaten im Jahr 2010 auf ein geteiltes Echo gestoßen. Während die Republikaner sich im Großen und Ganzen hinter den demokratischen Präsidenten stellten und die Eskalationsstrategie befürworteten, meldeten einige prominente Mitglieder der demokratischen Fraktionen im Congress unverhohlene Kritik an.

Speaker Nancy Pelosi hatte bereits im Vorfeld der Entscheidung von „ernst zu nehmender Unruhe“ („serious unrest“) in den Reihen der demokratischen Mehrheitsfraktion im Repräsentantenhaus gesprochen. Dabei hob sie insbesondere die entstehenden neuen finanziellen Belastungen für den amerikanischen Bundeshaushalt hervor. Fachleute gehen davon aus, dass für die Entsendung von 1.000 Soldaten Kosten von 1 Mrd. USD pro Jahr für den amerikanischen Steuerzahler zu Buche schlagen, und auch Präsident Obama hat in seinen „Remarks to the Nation on the Way Forward in Afghanistan und Pakistan“ am 1. Dezember 2009 davon gesprochen, dass die beschlossene Truppenaufstockung jährlich zusätzlich 30 Mrd. USD kosten wird.

Auch im Senat äußerten linksliberale Mitglieder der demokratischen Fraktion wie Russell Feingold (D-Wisconsin) Zweifel an der neuen Afghanistan-Strategie Präsident Obamas. Die Entsendung weiterer mehrerer zehntausend Soldaten, so der Senator, „trägt wahrscheinlich nicht dazu bei, die Bedingungen in diesem Land zu verbessern“. Feingold fügte noch hinzu, dass aus seiner Sicht die „Anstrengungen El Kaidas globales Netzwerk zu zerschlagen sogar Schaden nehmen könnten.“

Präsident Obama hatte seine neue Afghanistan-Strategie in einer Rede an der Militärakademie West Point vorgestellt und angekündigt, dass er in „diesen Zeiten der Gefahr“ („this time of danger“) 30.000 zusätzliche amerikanische Soldaten nach Afghanistan entsenden will, zusätzlich zu den bereits 68.000 US-Truppen, die sich derzeit bereits vor Ort befinden.

Darüber hinaus erklärte der Präsident, dass er ab Juli 2011 mit dem militärischen Abzug aus Afghanistan beginnen will. Obama betrachtet die weitere militärische Eskalation in Afghanistan als unumgänglich und im „vitalen nationalen Interesse“ der USA, um den Krieg, der sich bereits im neunten Jahr befindet, erfolgreich beenden zu können. Schließlich gehe es nicht nur um die „Glaubwürdigkeit der NATO“, sondern um die „Sicherheit unserer Alliierten und die gemeinsame Sicherheit der Welt.“

Obama betonte, dass die Militärintervention in Afghanistan „nicht nur Amerikas Krieg ist“, ein unmissverständlicher Hinweis darauf, dass er auch von den Verbündeten verstärkte Kriegsanstrengungen und Truppenentsendungen erwartet. Gleichzeitig machte der amerikanische Präsident deutlich, dass er von den Afghanen erwartet, „dass sie Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen“. „Amerika“, so der Präsident, „habe kein Interesse daran einen endlosen Krieg in Afghanistan zu führen.“

Im Senat nutzten die Befürworter und Kritiker der Entscheidung die Anhörungen zu Afghanistan vor dem Streitkräfteausschuss am 2. und 8. Dezember 2009, um ihre Positionen deutlich zu machen. Die *Hearings* können im Wortlaut unter http://armed-services.senate.gov/e_witnesslist.cfm?id=4204 bzw. http://armed-services.senate.gov/e_witness_list.cfm?id=4214 eingesehen werden (hier „Hearing Transcript posted in compliance with Sec. 513 of P.L. 110-81“).

Der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses, Senator Carl Levin (D-Michigan), machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass aus seiner Sicht „kein Mangel an amerikanischen Truppen, sondern ein Mangel an afghanischen Truppen“ besteht. Damit ist für den einflussreichen Ausschussvorsitzenden, der zu den zentristischen Demokraten zählt, die drängende Frage verbunden, warum es auch im neunten Kriegsjahr nicht mehr afghanische Streitkräfte gibt, um den Kampf der alliierten Truppen zu unterstützen.

Levin hat während der Anhörungen vor dem Streitkräfteausschuss am 8. Dezember 2009 von derzeit etwa 95.000 ausgebildete afghanische Soldaten gesprochen, von denen jedoch nicht einmal die Hälfte zu unabhängigen militärischen Operationen in der Lage seien. In der Provinz Helmand, so der Senator, kämen sieben amerikanische GIs auf einen einsatzfähigen afghanischen Soldaten. In diesem Zusammenhang stellte Levin auch fest, dass bisher lediglich in sieben von insgesamt 34 afghanischen Provinzen von einer „erfolgreichen Transitionsphase“ gesprochen werden könne. Andere in der Sicherheitspolitik einflussreiche demokratische Senatoren wie Charles Webb (D-Virginia) brachten ihre „Bedenken“ gegenüber der von Präsident Obama getroffenen Entscheidung in den Anhörungen ebenfalls zum Ausdruck.

Der Oberkommandierende der ISAF-Truppen, General Stanley McChrystal, und der amerikanische Botschafter in Afghanistan, Karl W. Eikenberry, betonten in diesem Zusammenhang während der Anhörungen vor dem Streitkräfteausschuss des Senat, dass es wesentlich darum gehen müsse die Zahl der *Afghan National Security Forces* signifikant zu erhöhen. McChrystal sprach von 300.000 Armee- und Polizeikräften, die es aufzubauen gelte.

Insgesamt stehen die Demokraten vor dem Dilemma auf der einen Seite loyal gegenüber ihrem Präsidenten in der Afghanistan-Politik zu erscheinen, auf der anderen Seite aber den amerikanischen Demos nicht aus dem Auge zu verlieren, der sich zunehmend kritisch gegenüber der Militärintervention in Afghanistan zeigt, was für die Zwischenwahlen 2010 zu einer empfindlichen politischen Belastung werden könnte.

Vergleicht man die Zustimmung der amerikanischen Öffentlichkeit zum Afghanistan-Krieg im November 2009 mit der im Februar 2007, so kann man eine deutliche Trendwende in den Einstellungsmustern feststellen. Während im Februar 2007 noch 56 Prozent der Befragten für den Militäreinsatz in Afghanistan waren, äußerten sich im November 2009 nur noch 44 Prozent zustimmend. Umgekehrt lehnten den entsprechenden *ABC/Washington Post*-Umfragen zufolge im November 2009 52 Prozent

der Befragten den Afghanistan-Einsatz ab, während dies im Februar 2007 nur 41 Prozent getan hatten.

Immer mehr Amerikaner scheinen die mit dem Afghanistan-Krieg verbundenen Kosten kritisch zu sehen, wobei insbesondere die Parteigänger der demokratischen Partei vermehrt Zweifel äußern. Einer *New York Times/CBS News*-Umfrage vom Dezember 2009 zufolge lehnen 53 Prozent der Demokraten die von Präsident Obama beschlossene Truppenaufstockung ab. Umgekehrt wird die Entscheidung von Zweidritteln der Republikaner gut geheißen.

Im Afghanistan-Krieg sind im Jahr 2009 über 290 amerikanische Soldaten gefallen. Insgesamt liegt die Zahl der ums Leben gekommenen GIs in diesem im Jahr 2001 begonnenen Krieg mittlerweile bei fast 1000. Gleichzeitig hat sich die Zahl der verwundeten amerikanischen Soldaten auf über 4.400 erhöht, wobei allein die Zahl der Verwundeten der letzten vier Monate bei über 1.100 lag.

Nach Berechnungen des *Congressional Research Service* haben die USA zwischen 2001 und 2010 fast 300 Mrd. USD für den Afghanistan-Krieg aufgewendet, ohne dass eine Befriedigung des Landes erfolgt ist. Entsprechend groß ist mittlerweile die Zahl der inneramerikanischen Kritiker an der militärischen Intervention, die ihrer Meinung nach Klarheit mit Blick auf den Auftrag und die Ziele vermissen lässt.

Präsident Obama steht hier wohl vor der größten außenpolitischen Herausforderung seiner Präsidentschaft. Sollte es ihm im Rahmen seiner Eskalationsstrategie nicht gelingen bis zum gedachten Abzug der amerikanischen Truppen im Juli 2011 die gewünschten militärischen Erfolge zu erzielen, dürfte seine politische Glaubwürdigkeit sehr großen Schaden nehmen.

5. Demokraten im Senat für Verlegung von *Guantánamo*-Häftlingen in die USA

Eine Entscheidung von Justizminister Eric H. Holder, Jr., der am 13. November 2009 angekündigt hat, dass er fünf *Guantánamo*-Häftlinge in die USA verlegen will, um ihnen vor einem Bundesgericht in New York wegen ihrer Beteiligung an den Terrorangriffen des 11. September 2001 den Prozess zu machen, ist auf Unterstützung bei den Demokraten im Senat gestoßen.

Am 17. November stimmten 56 Mitglieder der demokratischen Mehrheitsfraktion im Senat in diesem Zusammenhang gegen einen Zusatz zum Bewilligungsgesetz 2010 für *Military Construction/Veterans Affairs*, dass von James M. Inhofe (R-Oklahoma) eingebracht worden war, und vorsah, keine Haushaltsmittel für den Bau eines Gefängnisses für *Guantánamo*-Häftlinge in den Vereinigten Staaten zur Verfügung zu stellen.

Eine ähnlich ausgerichtete Initiative der Republikaner im Senat im Rahmen der Bewilligung des Haushalts für *Commerce/Justice/Science* war von den Demokraten im

Senat ebenfalls kurz zuvor mit 54 zu 45 Stimmen gestoppt worden. Der Vorsitzende des *Senate Judiciary Committee*, Patrick J. Leahy (D-Vermont), unterstrich in diesem Zusammenhang seine Bereitschaft die *Guantánamo*-Häftlinge in die USA zu verlegen. Ähnlich äußerte sich John D. Rockefeller IV (D-West Virginia), der unterstrich, dass diese Häftlingsgruppe auch in einem Hochsicherheitsgefängnis seines Heimatstaates untergebracht werden könnte.

Hier zeichnet sich eine deutliche Verschiebung in der politischen Auseinandersetzung um *Guantánamo* im Senat ab. Während die Republikaner die Verlegung von *Guantánamo*-Häftlingen in die USA nach wie vor aus „Sicherheitsgründen“ kategorisch ablehnen, scheinen sich die Demokraten im Senat auf Präsident Obama politisch hin zu bewegen (vgl. CR 9-10/2009, S. 9; CR 3-4/2009, S. 8).

Der 44. amerikanische Präsident hatte sofort nach seiner Amtsübernahme im Januar 2009 die Schließung von *Guantánamo* binnen eines Jahres verfügt. Zwischenzeitlich musste die Administration jedoch einräumen, dass sie dieses Ziel auf Grund des Widerstandes im Congress nicht wird einhalten können. Schließlich hatten beide Kammern im Rahmen der Verabschiedung des Bewilligungshaushalts 2010 für *Homeland Security* in einer überparteilichen Abstimmung im Oktober 2010 gegen die Schließung des Gefangenenlagers gestimmt, in dem derzeit noch etwa 200 Gefangene inhaftiert sind.

Dem Kurswechsel der Demokraten im Senat waren Schreiben der Minister für Justiz, Verteidigung und Heimatschutz an den *Senate Majority Whip* Richard J. Durbin (D-Illinois) vorausgegangen, in denen die drei Minister unterstrichen hatten, dass die Schließung von *Guantánamo* im „nationalen Interesse“ der USA ist, weil das Gefangenenlager *El Kaida* zur Legitimation ihrer terroristischen Aktivitäten diene.

Die Obama-Administration hat zwischenzeitlich angekündigt, dass sie mehrere Dutzend Gefangene aus *Guantánamo* in das *Thomson Correctional Center*, ein Hochsicherheitsgefängnis im Bundesstaat Illinois, das sich etwa 150 Meilen nordwestlich von Chicago befindet, verlegen möchte.

6. Demokraten drängen auf neues Programm zur Arbeitsbeschaffung

Die demokratische Fraktion des Repräsentantenhauses unter Führung von *Speaker* Nancy Pelosi (California) will noch vor Jahresende ein neues umfangreiches Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen verabschieden.

Angesichts der unverändert hohen Arbeitslosenquote von über 10 Prozent und der näher rückenden Zwischenwahlen zum Congress im November 2010 wollen die Demokraten demonstrieren, dass sie das Ziel einer Wirtschaftsbelebung mit spürbarer Breitenwirkung nicht aus den Augen verloren haben.

Präsident Barack Obama hat mit einem eigens anberaumten „Jobs Summit“ im Weißen Haus Anfang Dezember 2009 versucht, öffentliche Aufmerksamkeit für die Bemühungen der Demokraten herzustellen und Unterstützung für entsprechende Gesetzesvorhaben zu mobilisieren.

In Zentrum der zweiten Initiative der Demokraten zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen in Reaktion auf die schwere Wirtschaftskrise von 2008 stehen wiederum

- Infrastrukturmaßnahmen wie der Straßenbau und die Renovierung öffentlicher Schulen,
- die Förderung der Einzelstaaten mit dem Ziel, die Entlassung von Lehrern, Polizisten und Feuerwehrleuten zu verhindern, und
- die Förderung der derzeit nur zögerlichen Kreditvergabe von Banken insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen.

Für das Arbeitsförderungsprogramm ist ein Gesamtvolumen von 200 Mrd. USD in der Diskussion, einige Demokraten drängen jedoch auf mehr.

Entgegen kommt dem Begehren der Demokraten, dass perspektivisch knapp 200 Mrd. USD aus dem Rettungsfond *Troubled Asset Relief Program* (TARP), das 2008 zur Abwendung eines Finanzmarkt-Kollapses eingerichtet worden ist, zur Verfügung stehen werden (siehe Punkt 7).

Mit Rücksicht auf die fiskalpolitischen Bedenken zahlreicher zentristischer und gemäßigt konservativer Mitglieder der demokratischen Fraktionen eröffnet dies einen Gestaltungsspielraum, der die stark steigende Haushaltsverschuldung (siehe Punkt 7) außen vor lässt.

Die republikanische Opposition kritisiert das erneute Arbeitsbeschaffungsprogramm unter Verweis auf die bisher ausgebliebenen Erfolge als gigantische Verschwendungs- und Schuldenpolitik.

Während im Repräsentantenhaus realistische Erfolgchancen für eine Verabschiedung noch im laufenden Jahr bestehen, sollen die Beratungen im Senat erst Anfang 2010 aufgenommen werden.

7. Obama-Administration verlängert Finanzmarkt-Rettungsfonds

Finanzminister Timothy F. Geithner hat Anfang Dezember 2009 dem Congress in einem formellen Schreiben mitgeteilt, dass die Obama-Administration das *Troubled Asset Relief Program* (TARP) um ein Jahr verlängern will.

Das 700 Mrd. USD schwere TARP war Ende 2008 noch unter Präsident George W. Bush eingerichtet worden, um einen Kollaps der Finanzmärkte zu verhindern.

Das umstrittene Gesetz, das Präsident Bush nur mit Hilfe der oppositionellen Demokraten durch den Congress bringen konnte, stellt der Bundesregierung umfangreiche Mittel zum Aufkauf von faulen Finanzmarktpapieren (*toxic assets*) zur Verfügung, erlaubt jedoch auch den Einsatz des Fonds für andere Stabilisierungsmaßnahmen zur Abwendung der Wirtschaftskrise.

Laut Gesetzestext kann der zunächst auf ein Jahr befristete Rettungsfonds durch Regierungsbeschluss verlängert werden, wobei gegenüber dem Congress nur eine Informationspflicht besteht.

Mit Blick auf die breite Kritik an TARP vor allem aus den Reihen der Demokratischen Partei kündigte Geithner an, das Programm auf drei Schwerpunkte zu konzentrieren:

- die Stabilisierung des unverändert von einer hohen Zahl von zahlungsunfähigen Kreditnehmern bedrohten privaten Immobilienmarkts,
- die generelle Förderung der Kreditvergabe durch Privatbanken sowie
- die Förderung von Privatkrediten von Verbrauchern und kleinen Unternehmen direkt durch den Bund.

Weiterhin kann die Administration jedoch auch auf den Fonds zurückgreifen, um eventuelle Konkurse von Großunternehmen mit strategischer Bedeutung abzuwenden.

Konservative Republikaner sowie eine Reihe gemäßigt konservativer Demokraten halten der Regierung vor, dass das Programm mittlerweile zu einer nicht kontrollierten Schwarzkasse für willkürliche Staatsinterventionen in den Wirtschaftsprozess mutiert ist.

Positiv wirkt sich allerdings aus, dass die geplanten Ausgaben mittlerweile um etwa 200 Mrd. USD unter den ursprünglichen Ansätzen liegen.

Während konservative Mitglieder des Congress beider Parteien fordern, diese Mittel zur Defizit-Reduzierung einzusetzen, sehen die linksliberalen Mehrheiten der Demokratischen Fraktionen und die Administration hierin ein Finanzpolster, das für ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm eingesetzt werden kann (siehe Punkt 6).

8. Demokraten gehen einer deutlichen Erhöhung der Verschuldungsgrenze vorerst aus dem Weg

Die Demokraten im Repräsentantenhaus haben im Dezember 2009 ihren Plan, die Schuldengrenze des Bundes um 1,8 Billionen USD zu erhöhen, vorläufig hinten angestellt. Stattdessen wollen sie die Obergrenze für die Staatsverschuldung zunächst nur um 300 Mio. USD auf 12,4 Billionen USD anheben und dann zu Beginn des Jahres 2010 erneut beraten.

Dies geschieht auf Druck fiskalkonservativer Mitglieder der Mehrheitsfraktion, die auf die Festlegung einer verbindlichen Schuldenobergrenze des Bundes drängen. Ursprünglich war von *House Majority Leader* Steny Hoyer (D-Maryland) beabsichtigt worden, die Schuldengrenze noch im Jahr 2009 auf 14 Billionen USD anzuheben, was allerdings auf heftigen politischen Widerstand der so genannten „Blue Dogs“ innerhalb der Fraktion stieß. Sie verlangen eine Gegenfinanzierung der galoppierenden Staatsverschuldung und drängen auf Sparmaßnahmen des Bundes bzw. Steuererhöhungen.

Auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise stieg die Staatsverschuldung der USA allein im Jahr 2009 um 1,9 Billionen USD (18 Prozent) an und hat inzwischen die Marke von 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschritten.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.uni-kl.de/politik/>